

Schädlich und schäbig

Krise entlarvt Wirtschaftssystem

Kaum wird wegen der Virus-Pandemie ein Ausgehverbot erlassen, weil überall Ansteckung drohen könnte, zeigt das Wirtschaftssystem seine hässliche Seite:

- Krankenhäuser und deren Mitarbeiter arbeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit, weil schon vor der Krise Tausende [Pfleger](#)¹ fehlen. Würde der Markt – wie so oft behauptet – alles regeln, wären diese Mitarbeiter längst durch gute Bezahlung gewonnen und ausgebildet worden. Wobei es Unsinn ist von Infrastruktur Gewinne zu erwarten und das Gesundheitswesen Gewinn-orientiert zu betreiben.
- 300 000 Pflegebedürftige, die zu 90 % nur durch schwarz-arbeitende Menschen aus dem Osten rund um die Uhr (Verstoß gegen Arbeitszeitgesetz?) betreut wurden, bangen, ob diese nun noch kommen werden, weil Grenzen geschlossen wurden und sich viele die einheimischen Pfleger gar nicht leisten können, selbst, wenn sie ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben. Wieder versagt der Markt.
- Firmen, die letztes Jahr prächtig verdient haben, wie Adidas, stoppen ihre Mietzahlungen, weil sie ja ihre Läden nicht öffnen dürfen und sie dort zur Zeit kein Geld verdienen. Die Begründung, dass sie das nur bei Investoren und institutionellen Anlegern täten, offenbart neben Frechheit auch Kurzsichtigkeit. Denn diese Anleger sind oft Krankenkassen- und Rentenkassen, denen es in Zeiten niedriger Zinsen sowieso schon schwer fällt, aus dem angelegten Kundengeldern eine gewisse Rendite zu erwirtschaften. Wenn die geschmälert wird, dann werden das die Versicherten, also alle, bezahlen und sei es durch höhere Beiträge, über die dann die Wirtschaft wieder klagt.
- Auch die Probleme derjenigen, die von den 13 Millionen Behinderten auf Hilfe angewiesen sind, hat man in der Krise bisher weitgehend ausgeblendet.
- Das Statistische Bundesamt hat [Zahlen](#) vorgelegt, die belegen, dass ausgerechnet die, die mit ihrer Arbeit (Lebensmittelläden, Pflegeheime, Paketboten usw.) das [Land](#) am Laufen halten, meist mehr schlecht als recht bezahlt werden. Wieder versagt der Markt.
- Die Bundesagentur für Arbeit warnte im Dezember 2019, dass der Mangel an [Fachkräften](#) zum begrenzenden Faktor für die Wirtschaft werden dürfte. Offenbar hat man nicht genügend ausgebildet, woran nicht nur die Wirtschaft, oder der Nachwuchs, sondern auch die Bürokratie schuld ist. Zumindest beim Lehrermangel dürfte die Politik nicht unschuldig sein. Der Markt regelt auch das nicht.

¹ Die Zeit hat ihren Auftritt geändert, so dass Links nicht mehr direkt angezeigt werden, sondern nur bei Abo.

- Es fehlt in vielen Städten an bezahlbarem Wohnraum, weil Investoren mehr verdienen, wenn sie alte Häuser abreißen, oder luxuriös sanieren und dann teuer verkaufen, oder als Wohngemeinschaft vermieten. Hier führt die Gewinnmaximierung zur Verdrängung der Alteingesessenen und zum Verschwinden von bezahlbarem Wohnraum. Wieder versagt der Markt.
- Die Preise für Wohnraum in den Städten führen zum Wegzug ins Umland und erhöhen somit die Pendlerströme und die Umweltbelastung, schaden also der Allgemeinheit, aber die Investoren kassieren. War das so, wie man sich den Markt gedacht hat? Solange es unfreiwillige Obdachlose gibt, versagt der Markt.
- Da Frauen wesentlich weniger verdienen als Männer, trifft sie die Wohnungsnot besonders stark. Weder der Gleichheits-Grundatz des Grundgesetzes noch der Markt schaffen hier Abhilfe. Das schäbig zu nennen, wäre geschmeichelt.
- Auch die 2,4 Millionen Bürger, die weniger als den Mindestlohn erhalten, dürfte es eigentlich nicht geben. Wenn das ein Ergebnis des Marktes ist, dann funktioniert er nicht.
- Wenn man sieht, wie Investoren große Gebäude bauen lassen, natürlich zu Lasten der Bauarbeiter (in zwei Schichten, damit es schneller geht) und der Nachbarn, und das möglichst billig, denn sie müssen nur so lange halten, bis sie abgeschrieben sind, dann wundert man sich über mäßige Architektur und angeberische Fassaden nicht mehr. Die müssen sowieso nach 25-30 Jahren erneuert werden, weil es für die Dübel, die sie halten, keine längere Garantie gibt. Außerdem kann man die Kosten erneut abschreiben, wenn man dann abreißt und neu baut. Bezahlen tut also der Steuerzahler, die Nachbarn (durch Lärm, Schmutz und Umwege) und die Nutzer der Gebäude; aber der Investor füllt seine Taschen. Aber auch alle Versicherungsnehmer zahlen indirekt die Verschandelung der Städte mit, weil die Versicherungen diese Kundengelder anlegen müssen.
- Kaum wurde die Schließung vieler Läden verfügt, zeigte sich, dass das viele Läden und Restaurants sofort in eine finanzielle Schieflage bringt, da sie schon in normalen Zeiten von der Hand in den Mund lebten, oder aber durch einen besser verdienenden Partner am Leben gehalten wurden. Wer nun schließen muss, aber weiter seine Unkosten hat, der ruft zwangsläufig nach Hilfe. Rund 100 000 Anträge innerhalb weniger Tage allein in Baden-Württemberg. Das bedeutet ein großer Teil der Läden ist auch ohne Krise unterfinanziert oder erwirtschaftet so geringe Gewinne, dass das eigentlich zum Leben nicht reicht. Das aber ohne die keinen Läden unsere Städte noch sehr viel öder wären, interessiert offenbar den Markt nicht.
- Ausgerechnet die Großen predigten den Verbrauchern „Geiz sei geil“ und förderten damit eine törichte Mentalität, die unfähig ist über den Tellerrand zu sehen. Es gibt Verbraucher, die sich in Fachgeschäften beraten ließen und dann beim Discounter kauften. Kein Wunder verschwanden die Fachgeschäfte und mit ihnen ihr Wissen. Wo aber Fachkenntnis fehlt, muss der Verbraucher mit Pfusch oder sogar Betrug rechnen, oder mühsam selbst versuchen heraus zu finden, worauf er achten muss.

- Um Geld zu sparen hat man viele Produktionen ins billigere Ausland, vor nach allem Fernost, verlegt, und wundert sich nun, dass man manche Dinge nicht dann geliefert bekommt, wenn man sie braucht, ja gar nicht mehr in der Lage ist sie selbst so billig herzustellen und daher viel mehr Geld aufwenden muss, um sie dennoch zu bekommen. Hier zeigt sich, dass die Preise schon lange nicht mehr die Wahrheit über Produkte sagen. Entscheidungen, die sich nur am Preis orientieren, dürften daher meist falsch sein. Die Versorgungssicherheit, die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Produktionsanlagen, der Umweltschutz, soziale Arbeitsbedingungen, die nicht zu langen Transportwege, all das wird ausgeblendet, wenn allein der Preis entscheidend ist.
- Der Verbraucher wurde nach und nach daran gewöhnt, dass er sich mit immer schlechterer Qualität zufrieden gab. Wurden Schuhe und Löffel im Mittelalter oft noch vererbt, bekommt man heute immer häufiger Schuhe, die nach kurzer Zeit (Rekord drei Monate) völlig ruiniert sind, weil sie falsch konstruiert und mit den falschen Materialien hergestellt wurden. Auch bei Kleidung bekommt man immer öfter das, was man früher „Fähnchen“ nannte (nach dem dünnen leichten Stoff von Fahnen) und was weder wärmt, noch schützt, noch lange hält. Dass das häufig noch mit der Ausbeutung armer Menschen in anderen Erdteilen verknüpft ist und einer unnötigen Belastung der Umwelt, zeigt wie schäbig auch die Mode geworden ist.
- Wer früher eine mechanische Schreibmaschine kaufte, wusste, er würde die sein Leben lang benutzen können. Heute bekommt man Computer und Drucker angeboten, die nur wenige Jahre halten, aber obendrein immer wieder Software-Updates (Fehlerkorrekturen und Verbesserungen von Programmen) benötigen, für die man meist einen Internet-Anschluss braucht. Man erzeugt also alle paar Jahre unfreiwillig neuen Müll (und bezahlt das nächste Gerät teuer) und muss obendrein immer wieder umlernen, um so ein Gerät weiter nutzen zu können. Das soll ein Fortschritt sein?
- Die scheinbar günstigeren Preise, in Ländern mit niedrigerem Lebensstandard, sind aber auch den dort weniger strengen Auflagen, was Arbeitsschutz und Umweltschutz angeht, geschuldet, oder Wechselkursen, die politisch beeinflusst worden sein können, um die Konkurrenz auszuschalten. Hier regiert das St. Florians Prinzip: „Verschon mein Haus, zünd andre an!“ Sollen die sich mit Umweltschäden, ungesunden Arbeitsbedingungen, verarmender Bevölkerung oder ähnlichen Nebenwirkungen dort herum schlagen; Hauptsache wir haben damit nichts zu tun und können die Hände in Unschuld waschen. Ethik, Moral, Solidarität, das sind für die Gewinn-Maximierer Fremdworte. Wie sagte der Chef des Versicherungskonzerns Allianz im Dezember 2019? „Gerechtigkeit ist für mich ein marxistischer Begriff“. Da paaren sich Vorurteile und Unwissenheit zu einer gefährlichen Mischung. „Ungebildeter Stiesel!“ hätte Hans Dieter Hüsch so jemand genannt. Dass der angeblich alles regelnde Markt solche Leute in eine Führungsposition hievt, lässt tief blicken.
- Der Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ([DIW](#)), Marcel Fratzscher, beschrieb neulich, dass Deutschland es nicht einmal mehr fertig bringt, den Wert seiner Infrastruktur zu erhalten, geschweige denn sie auszubauen. Man sieht das deutlich bei der Bahn und der durch mangelnde Pflege verursachten Unpünktlichkeit, aber auch bei

Schulen, Straßen, Theatern und Opernhäusern, Grünanlagen oder vielen öffentlichen Gebäuden, oder der Verschmutzung und dem Müll auf öffentlichen Plätzen. Kein Wunder, wenn Städte immer unwirtlicher zu werden scheinen.

- Niemand kann hellsehen. Aber wer vernünftig wirtschaftet und gute Leute anstellt, der müsste in Krisen alles tun, um diese Leute in Brot und Lohn zu halten, denn sie haben den eigenen Wohlstand erwirtschaftet und werden nach der Krise dringend wieder gebraucht. Arthur Fischer (Dübel) sagte einmal sinngemäß: „Dann hat man halt mal keinen Schinken gegessen, sondern Wurst, bis die Krise vorüber war.“ Daimler dagegen hat erst billigere Leiharbeiter eingestellt (ohne die es angeblich nicht ginge, was ja schon ein Hinweis auf eine Schiefelage ist), diese in der Krise als Erste entlassen und entlässt nun Tausende weiterer Mitarbeiter, weil man wichtige Entwicklungen der Automobilität verschlafen hat. Das ist keine verantwortungsbewusste Führung, sondern Einstreichen der Gewinne in guten Zeiten und Versozialisieren der Verluste in schlechten Zeiten.

Wenn der Markt die Dinge nicht im Sinne der Menschen, der Bürger regelt, dann sind offenbar die Regeln falsch. Wenn Eltern mit den Kindern auf einer Wiese mit einem Ball Fußball spielen, dann genügen jeweils zwei Gegenstände oder Kleidungsstücke um ein Tor zu markieren und trotzdem kommt sehr wahrscheinlich niemand und nichts zu Schaden. Auf der Wiese hört der Ball von allein zu rollen auf, wenn der Schwung aus geht, und richtet keinen Schaden an, weil nichts in der Nähe ist. Spielen die Jugendlichen in einem Hinterhof, besteht die Gefahr, dass der Ball mal ein Fenster trifft und zerstört, aber auch das ist selten, weil man die Gefahr sieht und mehr aufpasst. Wenn man aber den Sportplatz in einem dicht besiedelten Gebiet anlegt, muss man hohe Gitterzäune machen, um zu verhindern, dass Bälle in die Nachbarschaft oder auf die Straße fliegen und dort zu Schaden führen. In allen drei Fällen bemühen sich aber die Mitspieler keinen Schaden anzurichten, und im Falle des Sportplatzes wird dafür sogar ein hoher Aufwand getrieben. Zwischen Häusern muss man aufpassen, oder Schutzzäune errichten, damit nichts passiert. So ähnlich müssten die Regeln für Wirtschaft und Handel sein.

Da sie es aber nicht sind und der Staat offenbar nicht dafür sorgt, dass sie es werden, muss man sich nicht über die [Vertrauenskrise](#) wundern, die den Staat gefährdet.

In der Technik spricht man von Fehler-toleranten Systemen und meint damit, dass etwa ein Zug automatisch abgebremst wird, wenn der Lokführer bewusstlos würde und daher nicht mehr in bestimmten Intervallen einen Knopf betätigt. Genau so müsste das Wirtschaften abgesichert sein, damit es keine unerwünschten Nebenwirkungen gibt, wenn jemand nicht aufpasst, oder ausfällt. Statt dessen belohnt die Wirtschaft - im so genannte Kapitalismus - diejenigen, die am skrupellosesten die Gesetze und Vorschriften zu ihren Gunsten hinbiegen, vermeiden Steuern (einen Beitrag zur Allgemeinheit) zu zahlen und ihre Mitmenschen am stärksten ausbeuten. Würde der Markt im Sinne der Menschen funktionieren, müsste derartiges Fehlverhalten für die Handelnden zum schlechtesten und unwirtschaftlichsten Ergebnis führen und so zugleich Schäden für die Allgemeinheit vermeiden.